

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großsch und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau und Taucha

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postkassentkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Str. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 gelbalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen mit 50% Nachl. Stellenangebote 10 gelbalt. Kolonelle 25 Pfg. Reklamezeile 2 Mt. Inserate von auswärts: die 10 gelbalt. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorkauf 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Werbeerfolg eines Vierteljahrs

1268 neue Mitglieder allein in den Ortsvereinen von Groß-Leipzig in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März

### Erfolge einiger Parteigenossen

Im Unterbezirk Groß-Leipzig erklärten in der Zeit vom Januar bis 31. März 1931 insgesamt 1268 Personen ihren Eintritt zur Sozialdemokratischen Partei. Davon waren 856 Männer und 412 Frauen.

Wir führen nachstehend einige städtische Ortsvereine mit besonders günstigen Werbeergebnissen an:

Alt-Leipzig	205 Neuaufnahmen	Plagwitz-Lindenau-Schleußig	135 Neuaufnahmen
Leipzig-Ost	176	Kleinzschocher	79
Thonberg	34	Eutritzsch	39
Stötteritz	40	Gohlis	28
Connewitz	61	Modau	20
Lößnig	35		

In dem ländlichen Ortsverein Zwenkau wurden 63 Neuaufnahmen erzielt.

Im Ortsverein Alt-Leipzig-Welten II konnte der Genosse Reindl jun. 25 neue Mitglieder der Partei zuführen. In Connewitz gewann Genosse Max Macher 20 Mitglieder, in Zwenkau Genosse Karl Hübner ebenfalls 20 neue Streiter für die Partei.

Die Werbeaktion muß in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Die oben angeführten Zahlen sind inzwischen bereits wieder gesteigert worden.

Die Parole bleibt auch fernerhin:

## „Wo bleibt der zweite Mann?“

## Die Stahlhelmspleite des Volksbegehrens

Noch nicht einmal die großspurig angekündigten 6 Millionen Einzeichnungen erreicht

### 500 000 Heberschuß

Die Tel.-Union berichtet: Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit, die bisherigen Zählungen zum Volksbegehren (Landtagsauflösung) ergeben einwandfrei die Zahl von reichlich 5,83 Millionen Einzeichnungen. Einzelne Meldungen stehen noch aus. Das bedeutet mehr als 1/2 Million Heberschuß.

Am 14. September 1930 haben die sieben Parteien, die das Volksbegehren gemeinsam unterstützten, wie schon berichtet, insgesamt 9,5 Millionen Stimmen aufgebracht. Am Dienstagmorgen, fünf Stunden vor Abschluß der Eintragungen, teilte der Stahlhelm großsprecherisch mit, daß 6 Millionen bereits überschritten seien. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ brachten heute früh bereits einen Aufsatz mit der Devise: Es geht bei gedämpfter Trommel Klang... Jetzt stellt nun der Stahlhelm selber fest, daß keine 6 Millionen erreicht worden sind.

Für das Gelingen des Volksbegehrens sind 5,27 Millionen Einzeichnungen erforderlich gewesen. Damit ergibt sich, daß diese Mindestziffer um knapp 500 000 überschritten worden ist. Damit ergibt sich weiterhin, daß mehr als 3,5 Millionen der Wähler, die am 14. September für die Volksbegehrenparteien gestimmt haben, den Einzeichnungslisten ferngeblieben sind. Wahrhaftig, das ist ein „Sieg“, mit dem sich der Stahlhelm rühmen und brüsten kann. Die Aktion gegen „Rot-Preußen“, gegen die sozialistischen Minister im preußischen Kabinett gestaltete sich demzufolge zu einem Vertrauensvotum für die gehätselte Preußenregierung.

Es ist zu verstehen, wenn Paul Harms, der Leitartikler im Herzfurthblatt, der frühere „Wahl-Demokrat“, über diesen Ausgang klagt wie Jeremia auf den Trümmern Jerusalems.

### Vergleichsziffern aus Berlin

Am 14. September 1930 erzielten die beim Volksbegehren mitmachenden Parteien in Großberlin die nachfolgenden Wahlergebnisse:

NSDAP	395 000
Dtnol.	351 346
Volksp.	99 074
Wirtsch.	65 442
Trevir.	22 304
Christl. Soz.	27 472
23 rechtsrad. Splitt.	27 000

insgesamt rd. 987 000 Stimmen

Beim Volksbegehren auf Auflösung des Preußenlandtages zeichneten sich in Großberlin insgesamt 498 334 Personen ein, das heißt 45,1 Prozent der Reichstagswählerschaft der Volksbegehrenparteien.

Hiermit vergleiche man die Großberliner Einzeichnungsziffern zum Volksbegehren für Fürtakenenteignung. Es stimmten:

Reichstagswahl v. 7. Dez. 1924 für SPD, USPD, KPD	Enteignungsbegehren
Wahlkreis Potsdam 1 (1.154.654 Wahlberechtigte)	390.540 Wähler, = 33,9% aller Wahlberechtigten.
Wahlkreis Potsdam 2 (1.170.595 Wahlberechtigte)	352.967 Wähler, = 30,1% aller Wahlberechtigten.
Wahlkreis Berlin (Mitberlin, 1.485.651 Wahlberechtigte)	593.368 Wähler, = 39,9% aller Wahlberechtigten.

Bedürfen diese geradezu überwältigenden Vergleichsziffern noch irgendeines Kommentars? Bestimmt nicht.

### Um was es geht

#### Die Abstimmungen zum Panzerkreuzer

Es kommt gegenwärtig in Deutschland nicht mehr auf die politischen Einzelentscheidungen an; worauf es ankommt ist allein, ob wir dieses System der Demokratie überwinden oder erhalten.

Der deutschnationale Herr v. Koehre im Preussischen Landtag.

Es geht jetzt nicht um Einzelfragen, sondern darum, das deutsche Proletariat vor dem furchtbaren Schicksal der italienischen Arbeiterklasse, vor der faschistischen Diktatur zu bewahren.

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor den Abstimmungen über die Panzerkreuzer.

Somit wurden die Aufgaben der politischen Kämpfe in der Gegenwart von dem Sprecher der Deutschnationalen und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, dem Genossen Weis, klar und eindeutig abgeleitet. Dem einen geht es darum, dieses System der Demokratie zu überwinden. Dem anderen die Kräftekonzentration des Volksbegehrens, während die sozialdemokratische Fraktion der Auffassung war, daß das System der Demokratie mit allen Mitteln verteidigt werden müsse, um die Basis für den Kampf der Arbeiterklasse zu erhalten.

Die Arbeiterklasse steht zur Zeit, vor allem in Deutschland, im Abwehrkampf. Die Wirtschaftskrise, die fünf Millionen Arbeitslosen haben ihre Kampfkraft stark geschwächt. Andererseits legen die kapitalistischen Gesellschaftsklassen alle Hebel an, um die Krise in ihrem Sinne zu überwinden. Mit anderen Worten: die Kosten für die verschiedenen Sanierungsprojekte werden den Besitzlosen auferlegt.

Die Gruppierung der politischen Mächte änderte sich grundlegend nach den Reichstagswahlen vom 14. September. Es nützt nichts, über die politischen Grundtatsachen hinwegzugleiten, die durch den Wahlausgang das Bestimmende geworden sind, sofern überhaupt an die Beibehaltung des parlamentarischen Regimes gedacht werden soll.

Die Machtverteilung im Reichstag ist zur Zeit die folgende:

Sozialdemokraten	143	Nationalsozialisten	107
Kommunisten	77	Staatspartei und Jungdo	20
		Zentrum	68
		Alle übrig. Parteien zus.	162

357

Die einfache Mehrheit im Reichstage beträgt bei insgesamt 577 Abgeordneten 289. Danach sind überhaupt nur zwei Mehrheitsgruppierungen möglich. Entweder die Brüningkoalition oder der Bürgerblock, bei dem nur die Staatspartei und die Jungdo-Leute ausgenommen werden könnten. Ohne diese beiden Gruppen verbleiben 337 Abgeordnete, so daß ohne das Zentrum eine Mehrheit nicht mehr vorhanden wäre. Diese Gruppierung aber setzt voraus, daß sich das Schwergewicht der politischen Kräfte naturgemäß weiter nach rechts, und zwar auf die ausgesprochenen Repräsentanten des Großkapitals, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, verlagern muß. Keine andere Regierung kann leben, ohne die aktive Unterstützung der Nationalsozialisten, ganz gleich, ob sie unmittelbar in der Regierung vertreten sind, ob Dr. Goebbels Innenminister und Herr von Epp Wehrminister sind.

Das ist die völlig veränderte Situation, die durch den 14. September entstanden ist. Wer hat diese Veränderung herbeigeführt? Das sind die Nationalsozialisten. Wer sind die Träger der Nationalsozialistischen Partei? Das sind die SA-Gruppen. Die SA-Gruppen werden von Hitler besoldet und bezahlt. Welchen Einfluß diese Tatsache hat, hat unlängst der Stenneskonflikt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit aufgezeigt. Wer aber liefert die Gelder zur Unterhaltung der SA-Formationen? Das ist das Großkapital, das sind die gleichen Schichten, die politisch durch die Deutsche Volkspartei und durch Hugenberg vertreten sind. War es die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, durch eigenen Entschluß dafür zu sorgen, daß die Repräsentanten der ausschlaggebenden Schichten des deutschen Großbürgertums an die Herrschaft kamen? Für diesen Zweck wurde die Nationalsozialistische Partei finanziert, die durch antikapitalistische Phrasen, durch den Antisemitismus ideologisch zusammengehalten werden soll.

Die Sozialdemokratie hat während des letzten Reichstags-